

KOMMENTAR

05.10.2012, 10:43 Uhr

Kein Geld für neue Straßen

von Daniel Delhaes

Deutschland fehlt das Geld für neue Straßen. Schon bei laufenden Bauprojekten fehlen 1,7 Milliarden Euro. Die Länder wissen das - und planen trotzdem weitere Projekte. Die Finanzierung muss dringend reformiert werden.



Bei derzeit laufenden Straßenbauprojekten fehlen bereits 1,7 Milliarden Euro.

Quelle: dpa

Die Schuldenbremse wirkt mit einer Wucht, die vor drei Jahren noch niemand für möglich gehalten hätte. Nicht nur, dass Bund und Länder ihre Neuverschuldung zurückfahren müssen. Investitionen gelten jetzt auch nicht mehr als Argument dafür, neue Schulden aufzunehmen.

Dieser Paradigmenwechsel trifft vor allem die Verkehrsminister in Bund und Ländern, einst die Weihnachtsmänner der Republik. Gab die Regierung frisches Geld für Straßen, Schienen und Wasserwege aus, dann durfte sie damit neue Schulden rechtfertigen. Also bauten Verkehrsminister teure Autobahnen, anstatt über eine preiswertere Bundesstraße nachzudenken. Sie beglückten Wahlkreise mit Geschenken - in der Hoffnung, den Lohn in Form von Wählerstimmen zu erhalten.



Daniel Delhaes ist Handelsblatt-Korrespondent in Berlin.

Quelle: Pablo Castagnola

Inzwischen aber müssen sich die Verkehrsminister rechtfertigen, warum sie so viel Geld brauchen, um die Verkehrswege in Schuss zu halten und obendrein noch neue zu bauen. Dafür sorgen der Finanzminister und mit ihm die Haushalter im Bundestag. Mit ihrem genauen Blick legen sie Fehler im System offen, die bislang vom Glanz der Geschenke überstrahlt wurden: Weil der Bund die Bauprojekte bezahlt, die Länder sie aber planen und umsetzen, versickert unnötig viel Geld.

Für derzeit laufende Straßenbauprojekte fehlen bereits 1,7 Milliarden Euro. Jeder weitere Baubeginn würde diese Lücke also vergrößern. Und trotzdem planen die Länder allein bis Ende 2013 weiter Straßen im

Wert von rund 13 Milliarden Euro. Straßen, die in naher Zukunft nicht gebaut werden, für die aber Planungskosten von mindestens 750 Millionen Euro entstehen.

VERKEHRSPOLITIK

WIRTSCHAFT

Gigantische Bauten auf Steuerkosten

WIRTSCHAFT

Kein Wunder also, dass die einen von der Pkw-Maut oder der City-Maut träumen. Der Weg ist einfach und passt in die Philosophie, sich im Wahlkreis als Kämpfer für neue Straßen feiern zu lassen. Andere indes fordern Reformen, um mit den vorhandenen Milliarden

Wie kommt der Spritpreis zustande?

RENAULT TWIZY IM HANDELSBLATT AUTOTEST
Energiewende im Elektro-Beat

auszukommen und die Bürger nicht weiter mit Steuern und Abgaben zu belasten. Entsprechend fordern die Landesverkehrsminister - vor allem die der Küstenländer -, dass die von ihnen eingesetzte Expertenkommission schonungslos die Probleme auflistet, bevor die Symptome mit Forderungen nach einer Pkw- oder einer City-Maut zugekleistert werden.

Zeit bleibt nicht mehr viel. Bis 2015 will der Bund seinen neuen Plan vorlegen, welche Verkehrswege er in den kommenden Jahren bauen möchte. Eine Wunschliste wie früher wird es nicht mehr sein können - für Wahlgewinne fehlt künftig schlicht das Geld.

© 2011 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der **Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG**

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (**Mediadaten**) | Verlags-Services für Content: **Content Sales Center** | **Sitemap** | **Archiv**

Realisierung und Hosting der Finanzmarktinformationen: **vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG** | Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min.